



TREND IM FOKUS

BERUFSBILDUNG IM FOKUS DER POLITIK: AKTUELLE HERAUSFORDERUNGEN AUS SICHT DER PARLAMENTE

Dr. Miriam Hänni, Dr. Belinda Aeschlimann, Prof. Dr. Lukas Graf

29. November 2024

Jedes Jahr werden in den kantonalen und nationalen Parlamenten zahlreiche Vorstösse zur Berufsbildung eingereicht. Welche Vorstosstypen gibt es und welche Funktion haben sie im politischen Prozess? Wie erfolgreich sind sie im Hinblick auf die Annahme der Vorstösse durch die Parlamente? Welche Themen und Herausforderungen werden von Parlamentarier:innen aufgegriffen? Diesen Fragen gehen wir in diesem Kurzbericht nach.

Zusammenfassung

- Politische Vorstösse sind in der Schweiz ein zentrales parlamentarisches Instrument, um den politischen Prozess aktiv zu beeinflussen.
- Sie bieten Parlamentarier:innen eine Möglichkeit zur politischen Agendasetzung und generieren durch die Antworten der Regierung wertvolle Informationen für die politischen Akteure. Je nach eingesetztem Instrument dienen sie zudem der konkreten Politikformulierung, was im Erfolgsfall zur Verabschiedung neuer Erlasse führen kann.
- Zwischen Herbst 2020 und Herbst 2023 wurden in den kantonalen Parlamenten und den zwei Kammern der Bundesversammlung insgesamt 267 politische Vorstösse zur Berufsbildung eingereicht, was knapp einem Drittel der in diesem Zeitraum eingegebenen schriftlichen Vorstösse zur Bildung respektive etwa zwei Prozent aller schriftlichen Vorstösse entsprechen dürfte.
- Die politischen Vorstösse zielen insbesondere darauf ab, die Berufsbildung attraktiver zu gestalten, curriculare Anpassungen vorzunehmen, die Durchlässigkeit zu erhöhen und die betriebliche Ausbildung zu regulieren. Politische Vorstösse können die Berufsbildung sowohl direkt als auch indirekt im Sinne der Agendasetzung beeinflussen. Zudem dienen sie und die dazu verfassten Berichte den politischen Akteuren als wichtige Informationsgrundlage. Damit ist die politische Relevanz für die Berufsbildung grundsätzlich gegeben. Dennoch ist es von zentraler Bedeutung, dass Handlungsoptionen zur Bewältigung aktueller Herausforderungen weiterhin verbundpartnerschaftlich abgestimmt werden. Denn die enge Zusammenarbeit zwischen Bund, Kantonen und Organisationen der Arbeitswelt gilt als wesentlicher Erfolgsgarant des dualen Berufsbildungssystems der Schweiz.

Die Berufsbildung geniesst in der Schweiz einen hohen politischen Stellenwert und wird grundsätzlich von allen relevanten politischen Akteuren unterstützt. Wichtige Fragen zur Weiterentwicklung der Berufsbildung werden in der Schweiz traditionell zwischen den Verbundpartnern – Bund, Kantone, Organisationen der Arbeitswelt – ausgehandelt. Zusätzlich nehmen Parlamentarier:innen über ihre parlamentarische Arbeit Einfluss auf die Berufsbildung, indem sie aus ihrer Sicht relevante Herausforderungen und Themen als politische Vorstösse ins Parlament einbringen (s. Kasten Vorstösse).¹ Die Grenzen zwischen parlamentarischer Arbeit und der verbundpartnerschaftlichen Zusammenarbeit sind dabei oft fließend, da führende Vertreter:innen der Verbände häufig auch im Parlament aktiv sind. In diesem Zusammenhang bringen sie nicht nur ihre Vorstösse ein, sondern vertreten dabei auch die Interessen ihrer Verbände. Diese enge Verflechtung von Interessensvertretung und politischem Handeln, bei der sich politische Vorstösse und verbandliche Lobbyarbeit überschneiden, ermöglicht es den Vertreter:innen der Arbeitswelt, den politischen Entscheidungsprozess aktiv zu beeinflussen.

Wie der Berufsbildungsfonds nach Luzern kam

Am Beispiel einer Motion zur Einführung eines branchenübergreifenden Berufsbildungsfonds im Kanton Luzern lässt sich aufzeigen, wie der politische Prozess konkret ablaufen kann. Am Anfang steht typischerweise die Identifikation einer Herausforderung für das Berufsbildungssystem, zu der aus dem Parlament ein Vorstoss eingereicht wird (s. Kasten Vorstösse). Im Falle des Kantons Luzern hat ein Parlamentsmitglied im Juni 2023 eine Motion eingereicht, in der die Regierung aufgefordert wurde, einen Berufsbildungsfonds nach dem Vorbild des Kantons Zürich einzuführen. Dieser Fonds soll Lehrbetriebe finanziell entlasten und durch Beiträge von Unternehmen finanziert werden, die keine eigenen Lernenden ausbilden, um strukturellen Herausforderungen wie die ungleiche Ausbildungsbeteiligung oder steigende Anforderungen an Lehrbetriebe zu begegnen. Zu einer solchen Motion muss sich eine Regierung innerhalb einer gewissen Frist schriftlich äussern. Anschliessend entscheidet das zuständige Parlament, ob es die Motion zur Bearbeitung an die Regierung überweist. Im Falle des Berufsbildungsfonds wurde die Motion vom Regierungsrat unterstützt, wie aus seiner Antwort vom November 2023 deutlich wird. Die Regierung empfahl dem Kantonsrat die Motion als erheblich zu erklären, d.h. anzunehmen. Dies tat er im Januar 2024 einstimmig. Zur Einführung des Berufsbildungsfonds bedarf es nun einer Revision des kantonalen Berufsbildungsgesetzes sowie der kantonalen Berufsbildungsverordnung. Dieser Prozess ist zur Zeit im Gange; Ziel der Luzerner Regierung ist es, den Berufsbildungsfond per Anfang 2027 einzuführen.²

Im Falle des Kantons Luzern war das Anliegen zur Einführung eines Berufsbildungsfonds im Parlament breit abgestützt und wurde von der Regierung ebenfalls befürwortet, was zu einem schnellen Erfolg führte. Dass politische Vorstösse direkte, gesetzliche Konsequenzen haben, ist jedoch nicht immer der Fall. Welche Funktionen haben politische Vorstösse im politischen System der Schweiz sonst noch?

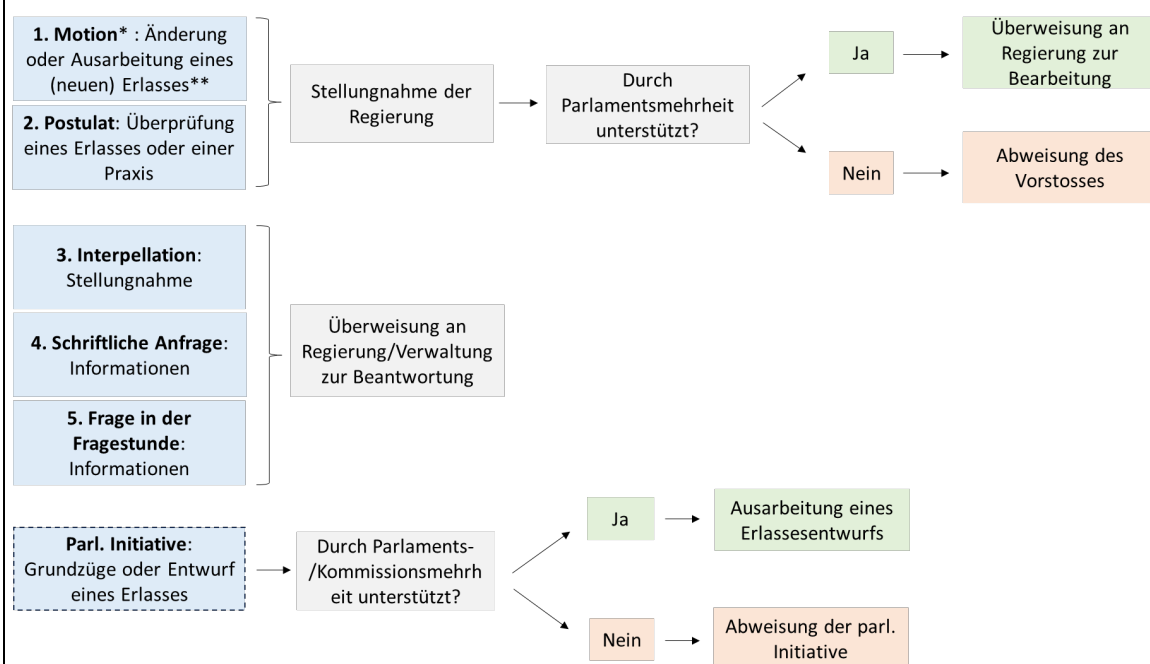
Vorstösse als politisches Instrument zur Einflussnahme in Schweizer Parlamenten

Den Parlamentarier:innen auf Kantons- und Bundesebene stehen verschiedene Handlungsinstrumente zur Verfügung, mit denen sie aktiven Einfluss auf den politischen Prozess nehmen können (s. Abb. 1).

Mit so genannten *Vorstössen* können Ratsmitglieder, Fraktionen und Kommissionen Anstösse für Massnahmen oder für neue Rechtsbestimmungen, so genannte Erlasse, geben sowie Auskünfte oder Berichte verlangen. Adressatin der Vorstösse ist in der Regel die Regierung.¹ Beim Bund und in den meisten Kantonen gibt es fünf Vorstosstypen: *Motionen*, *Postulate*, *Interpellationen*, *schriftliche Anfragen* und *Fragen in der Fragestunde*. Zusätzlich gibt es die *parlamentarische Initiative*. Sie ist zwar kein Vorstoss im rechtlichen Sinne, da sie sich an das Parlament und nicht an die Regierung richtet, wird jedoch im allgemeinen Sprachgebrauch häufig dazugezählt, weshalb wir sie ebenfalls berücksichtigen.

Eine schematische Darstellung der Funktionsweise sowie die primären Ziele der verschiedenen Vorstosstypen sind in Abbildung 1 dargestellt.

Abbildung 1: Vorstösse im politischen System der Schweiz



* Das Parlament kann beschliessen, eine Motion als weniger verbindliches Postulat zu überweisen.

** Erlass = Rechtsbestimmung

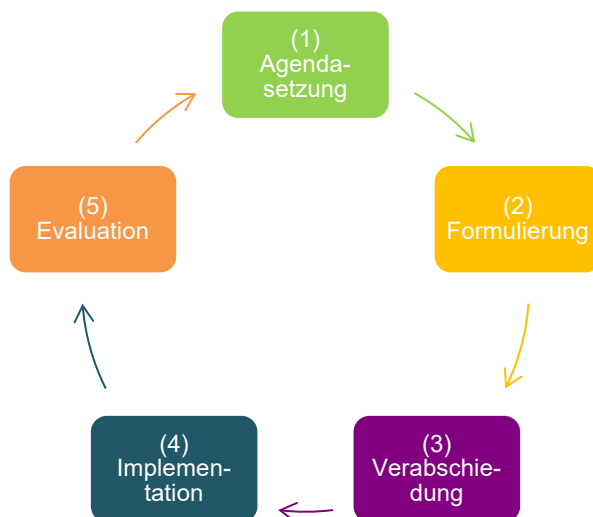
Quelle: eigene, stark vereinfachte Darstellung, angelehnt u.a. an Erläuterungen auf der Webseite des Schweizer Parlaments (2024)^{1,3} zur Funktionsweise der Vorstösse

Die Funktion parlamentarischer Vorstösse im politischen System der Schweiz

Vorstösse sind in der Schweiz ein zentrales Instrument für Parlamentarier:innen, um den politischen Prozess aktiv zu beeinflussen.^{4,5} Hierzulande geniesst das Recht, parlamentarische Vorstösse einzureichen, einen hohen Stellenwert und ist trotz des damit verbundenen hohen Arbeits- und Zeitaufwandes fest im politischen System verankert.⁶ Im internationalen Vergleich ist das Initiativrecht der Parlamentarier:innen in der Schweiz relativ stark ausgeprägt.⁴ Dies zeigt sich beispielsweise daran, dass Vorstösse auf allen Staatsebenen – d.h. national, kantonal und kommunal – eingebracht und bereits von einzelnen Parlamentarier:innen lanciert werden können.¹

Politische Vorstösse haben verschiedene Funktionen, die anhand des so genannten *Politikzyklus*^{7,8} illustriert werden können. Der Politikzyklus besteht aus fünf aufeinander folgenden Phasen politischer Aktivitäten zur Gestaltung von Policies (z.B. politischen Programmen)ⁱ oder Gesetzen: (1) Agendasetzung, (2) Formulierung, (3) Verabschiedung, (4) Implementation und (5) Evaluation (Abb. 2).

Abbildung 2: Politikzyklus



Quelle: eigene Darstellung, angelehnt u.a. an Lasswell (1956)⁷, Knill & Tolsun (2008)⁸

In der Phase der *Agendasetzung* (Phase 1) geht es darum, auf ein bestimmtes politisches Problem aufmerksam zu machen bzw. es als solches zu definieren und so viel Aufmerksamkeit zu generieren, dass es neben den vielen anderen konkurrierenden Problemen¹⁰ in den formalen Prozess der konkreten *Politikformulierung* – und damit in die Phase 2 des Politikzyklus – aufgenommen wird. Der inhaltlichen Konkretisierung in Phase 2 folgt im Idealfall die *Verabschiedung* einer entsprechenden Policy, etwa in Form eines neuen oder revidierten Gesetzes (Phase 3). Im Anschluss daran liegt der Fokus auf der *Implementation* der Policy, insbesondere durch die relevanten politischen Behörden oder Verbundpartner (Phase 4). Nach der Implementation wird in der Regel die Wirkung der Policy *evaluiert* (Phase 5) und diese gegebenenfalls angepasst. Die Evaluationsphase hat somit häufig direkte oder indirekte Auswirkungen auf die weitere Agendasetzung im jeweiligen Politikfeld und kann eine neue Runde des Politikzyklus auslösen.

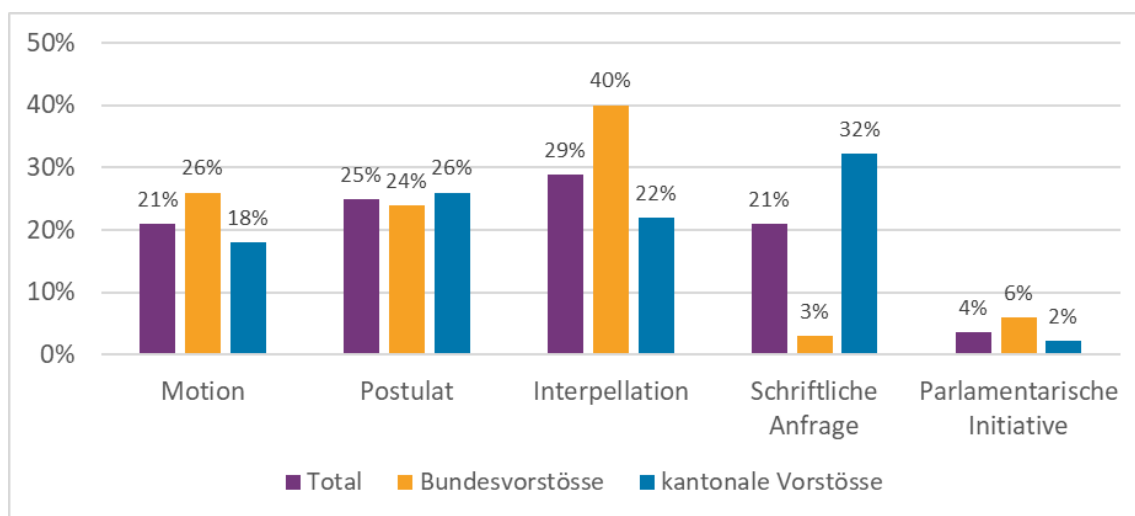
ⁱ Policy/Policies bezieht sich auf die inhaltliche Dimension von Politik, d.h. insbesondere die kollektiv-verbindlichen Massnahmen, Gesetze und Programme, die von Parlamenten und Regierungen erlassen werden können.⁹

Parlamentarische Vorstösse lassen sich vor allem den ersten drei Phasen des Politikzyklus zuordnen. Ihre Funktion und Wirkung hängen vom gewählten Instrument und der Unterstützung im Parlament ab. Interpellationen und schriftliche Anfragen sind Auskunftsinstrumente die v.a. der Agendasetzung, der Vorbereitung für einen späteren Antrag an die Regierung, oder auch der politischen Profilbildung oder dem Wahlkampf dienen. Dies trifft auch auf Motionen, Postulate und parlamentarische Initiativen zu, die ebenfalls der politischen Profilbildung oder der Agendasetzung dienen können. Durch ihre Einreichung und die Debatte im Parlament wird bspw. auf eine Herausforderung für die Berufsbildung aufmerksam gemacht. Aus Sicht der Initiant:innen einer Motion, eines Postulats oder einer parlamentarischen Initiative ist es jedoch meistens ideal, wenn ein Vorstoss ohne Änderungen an die Regierung überwiesen wird, direkt in die zweite Phase des Politikzyklus («Formulierung») einfliesst und anschliessend in der Verabschiedung eines neuen Erlasses (dritte Phase des Politikzyklus) mündet, wie beispielsweise bei der Einführung eines Berufsbildungsfonds im Kanton Luzern.

Politische Vorstösse zur Berufsbildung – ein Überblick

Zwischen Herbst 2020 und Herbst 2023 wurden in den kantonalen Parlamenten und den zwei Kammern der Bundesversammlung insgesamt 267 schriftliche politische Vorstösse (inkl. parlamentarische Initiativen) zur Berufsbildung eingereicht, was knapp einem Drittel der in diesem Zeitraum eingegebenen schriftlichen Vorstösse zur Bildung respektive etwa zwei Prozent aller in dieser Zeit eingereichten schriftlichen Vorstösse entspricht.¹¹

Abbildung 3: Art der politischen Vorstösse zur Berufsbildung in den kantonalen Parlamenten (kantonale Vorstösse) und der Bundesversammlung (Bundesvorstösse)



Quelle: eigene Auswertungen auf Basis des Newsletters zu politischen Vorstössen im Bildungsbe-
reich des Informations- und Dokumentationszentrums IDES

In unserer Untersuchungsperiode wurden zum Themenbereich Berufsbildung am häufigsten Interpellationen eingereicht (29% aller Vorstösse), gefolgt von Postulaten (25%), schriftlichen Anfragen (21%) und Motionen (21%), wie Abbildung 3 zeigt. Das stärkste verfügbare Instrument, die parlamentarische Initiative, wurde in diesem Zeitraum zehn Mal eingereicht (4% der Vorstösse). Die Tatsache, dass Motionen und parlamentarische Initiativen als Instrumente mit der grössten Wirkung am seltensten eingesetzt wurden, deutet darauf hin, dass Parlamentarier:innen mit Vorstössen nicht immer direkt eine Politikformulierung (s. Phase 2 des Politikzyklus), etwa in Form eines neuen Gesetzes, anstreben. Stattdessen nutzen sie Vorstösse auch, um auf ein bestimmtes

Problem aufmerksam zu machen (Phase 1 des Politikzyklus).⁵ Diese indirekte Wirkung von Vorstössen auf die Agendasetzung ist schwierig zu messen, da Veränderungen in der Berufsbildung wie in anderen Politikfeldern auf zahlreiche Impulse zurückgehen. Die direkte Wirkung von Postulaten, Motionen und parlamentarischen Initiativen lässt sich hingegen darüber messen, ob sie in den Parlamenten angenommen worden sind.

Das politische Monitoring des OBS EHB zur Berufsbildung

Das politische Monitoring ist Bestandteil des Trendmonitorings des Schweizerischen Observatoriums für die Berufsbildung OBS EHB, das technologische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen sowie damit verbundene Herausforderungen für die Berufsbildung identifiziert und auf Lösungsansätze hinweist. Die Ergebnisse und Produkte aus dem Monitoring können Berufsbildungsakteure für die Weiterentwicklung der Berufsbildung im Sinne eines Impulsgebers nutzen. Das Trendmonitoring stützt sich auf einen Pool von Quellen, der nationale und internationale Publikationen aus der Praxis, Forschung und Politik (Literaturmonitoring) sowie politische Vorstösse aus den kantonalen Parlamenten und der Bundesversammlung (Politisches Monitoring) umfasst. Die Datengrundlage dieses «Trend im Fokus»-Berichts bilden die durch das Informations- und Dokumentationszentrum IDES publizierten politischen Vorstösse (Parlamentarische Initiativen, Motionen, Postulate, Interpellationen und schriftliche Anfragen) zur Berufsbildung aus den kantonalen Parlamenten und der Bundesversammlung im Zeitraum Oktober 2020 bis September 2023. In diesem Zeitraum wurden insgesamt 267 schriftliche Vorstösse zur Berufsbildung erfasst (168 kantonale und 99 nationale Vorstösse). Die Vorstösse wurden mithilfe eines Kategorienrasters kodiert und anschliessend qualitativ und quantitativ ausgewertet.

Für mehr Informationen: [Trendmonitoring – Trends in der Berufsbildung | EHB](#)

Von den drei Vorstossarten, die durch eine Parlamentsmehrheit überwiesen werden müssen, haben Postulate die besten Annahmehancen. Knapp zwei Drittel der zwischen Herbst 2020 und Herbst 2023 eingereichten Postulate zur Berufsbildung wurden an die Regierung überwiesen, etwa 28 Prozent wurden abgelehnt oder abgeschrieben – d.h. eingestellt, sieben Prozent bis anhin noch nicht behandelt. Motionen zur Berufsbildung, die von der Regierung konkrete Massnahmen oder Gesetzesanpassungen verlangen, haben wesentlich schlechtere Chancen in den Parlamenten. Nur knapp 40 Prozent aller Motionen zur Berufsbildung wurden im untersuchten Zeitraum überwiesen, drei davon als Postulat. Knapp fünf Prozent sind noch hängig, der Rest wurde abgewiesen oder zurückgezogen. Von den zehn eingereichten parlamentarischen Initiativen wurde keine angenommen, eine ist noch offen.

Am häufigsten sind Parlamentarier:innen der Sozialdemokratischen Partei SP an der Eingabe politischer Vorstösse zur Berufsbildung beteiligt (34%), gefolgt von jenen der Freisinnig-Demokratischen Partei FDP (18%), der Mitte und den Grünen (je 11%). Auf die übrigen Parteien entfallen je weniger als 10 Prozent aller Vorstösse zur Berufsbildung.

Politische Ziele der Vorstösse

Eine inhaltliche Auswertung der politischen Ziele zeigt, dass sich die meisten Vorstösse einer von vier politischen Stossrichtungen zuordnen lassen: (1) Ausbau der Berufsbildung und Steigerung der Attraktivität, (2) Curriculare Anpassungen, (3) Erhöhung der Durchlässigkeit und (4) Regulierung der betrieblichen Ausbildung (s. Abb. 4).

Die Mehrheit der Vorstösse fordert in der einen oder anderen Form einen *Ausbau der Berufsbildung*. Dazu zählt einerseits ein *finanzieller Ausbau*, z.B. durch die Schaffung oder Erhöhung kantonalen Berufsbildungsfonds und durch Massnahmen zur bürokratischen und finanziellen Entlastung von Lehrbetrieben. Andererseits zählen finanzielle Unterstützungsmassnahmen für Personen in Ausbildung dazu, wie Weiterbildungsgutscheine für Geringqualifizierte oder Stipendien für Lernende. Häufig konzentrieren sich diese Vorstösse auf bestimmte Zielgruppen, insbesondere auf vulnerable Gruppen wie Personen mit geringen Qualifikationen, mit besonderen Bedürfnissen oder mit Schutzstatus S. Das Hauptanliegen dieser Vorstösse ist es, die Chancengerechtigkeit im Bildungssystem zu erhöhen. Zum anderen gibt es Vorstösse, die einen *strukturellen Ausbau* der Berufsbildung fordern. Diese Vorstösse widmen sich prioritär Fragen des Fachkräftemangels bzw. der Ausschöpfung des Fachkräftepotenzials. Ein wichtiges Thema ist dabei die Attraktivitätssteigerung der Berufsbildung zum Beispiel durch die Modularisierung und Flexibilisierung der beruflichen Grundbildung. Dazu wird unter anderem die Etablierung einer Teilzeitlehre oder die Erhöhung des Ferienanspruchs während der Ausbildung angeregt. Weiter gehören Vorstösse zu Ausbildungs- bzw. Bildungsoffensiven in diesen Bereich, die in unserem Untersuchungszeitraum oft im Zusammenhang mit der im Jahr 2021 angenommenen Pflegeinitiativeⁱⁱ lanciert wurden. Weitere Themen sind zusätzliche Unterstützung bei der Berufsorientierung oder Lehrstellensuche, die beide durch die Covid-19-Pandemie erschwert waren und daher zu zahlreichen Vorstössen in den Parlamenten führten.

Darüber hinaus befassen sich verschiedene Vorstösse mit *curricularen Fragen* der beruflichen Grundbildung. Hier geht es vor allem um Vorschläge zur Aufnahme neuer Inhalte in das Curriculum der beruflichen Grundbildung, wie beispielsweise um Inhalte zur nachhaltigen Entwicklung, zu unternehmerischem Handeln und zur politischen Bildung, oder um den Umgang mit neuen Technologien in der beruflichen Grundbildung. Im Zusammenhang mit der digitalen Transformation ist zu beobachten, dass bildungspolitische Fragen wie der Umgang mit künstlicher Intelligenz im parlamentarischen System rasch von politischen Entscheidungsträgern aufgegriffen werden, während sich andere Akteure im Bereich der Berufsbildung in unserem Untersuchungszeitraum noch kaum öffentlich zu diesem Thema positioniert hatten.

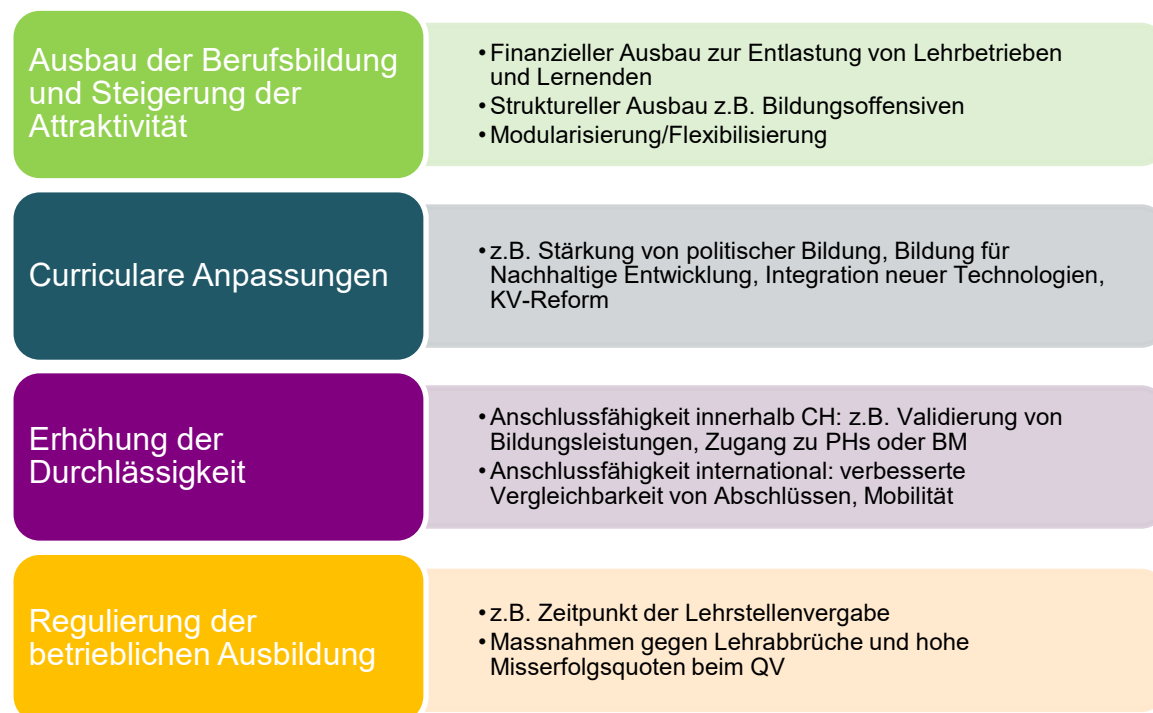
Ein dritter Teil der Vorstösse befasst sich mit der *Erhöhung der Durchlässigkeit*. Einerseits geht es um die Durchlässigkeit innerhalb der Schweiz. Hierzu zählen z.B. die Standardisierung und Vereinfachung des Zugangs von Personen mit Migrations- oder Fluchthintergrund in die Berufs- und Weiterbildung durch Validierung von im Ausland erworbenen Bildungsleistungen. Thema ist auch die erleichterte Zulassung zu Bildungsgängen, etwa durch die Abschaffung von Aufnahmeprüfungen an Berufsmaturitätsschulen oder die erleichterte Zulassung für Berufsmaturandinnen und -maturanden an pädagogische Hochschulen. Auch die Etablierung alternativer Zugänge zu bestimmten Bildungswegen wie z.B. das Modell BM Sek+ⁱⁱⁱ gehören in diesen Themenbereich.

ⁱⁱ Am 28. November 2021 stimmten Volk und Stände der Pflegeinitiative zu. Diese Initiative fordert, dass Bund und Kantone in die Ausbildung von Pflegefachkräften investieren, die Arbeitsbedingungen verbessern und die selbstständige Arbeit der Pflegefachpersonen gesetzlich anerkennen.

ⁱⁱⁱ Die BM Sek+ ermöglicht Schüler:innen, die eine beruflicher Grundbildung anvisieren, bereits in der 3. Sekundarklasse einen Tag pro Woche am Berufsmaturitätsunterricht an der Berufsfachschule teilzunehmen.

Andererseits wird unter *Durchlässigkeit* die internationale Anschlussfähigkeit der Berufsbildungsabschlüsse thematisiert: Vorstösse dieser Art zielen beispielsweise auf eine bessere Vergleichbarkeit von Abschlüssen, beispielsweise durch das Europäische Leistungspunktesystem für die Berufsbildung ECVET sowie auf die Sicherstellung der Mobilität ab (z.B. durch Teilnahme an Erasmus+). Ein besonders kontrovers diskutiertes Thema in diesem Bereich ist die Frage der Titeläquivalenz für die höhere Berufsbildung. Entsprechende Vorstösse zur Einführung der Titel Professional Bachelor und Master wurden in unserem Untersuchungszeitraum mehrmals eingereicht.

Abbildung 4: Politische Ziele, zu denen am meisten Vorstösse eingereicht wurden



Quelle: eigene Darstellung auf Basis der inhaltlichen Auswertung der 267 Vorstösse

Schliesslich gibt es einzelne Vorstösse, die im weitesten Sinne auf eine *Regulierung des betrieblichen Teils der beruflichen Grundbildung* abzielen. Hierzu gehören zum Beispiel zwei Vorstösse auf Bundes- und kantonaler Ebene, die den Zeitpunkt der Lehrstellenvergabe und die damit verbundene Herausforderung thematisieren, dass manche Betriebe Lehrstellen sehr früh vergeben. Auch Vorstösse, die von der Politik Massnahmen in Betrieben und Branchen mit vielen vorzeitigen Lehrvertragsauflösungen und hohen Misserfolgsquoten am QV verlangen, zählen wir dazu. Solche Vorstösse, die die Regulierung der betrieblichen Ausbildung tangieren, wurden mehrheitlich als unverbindliche Interpellationen und Anfragen eingereicht. Dies verdeutlicht, dass Politiker:innen nicht mit allen Vorstössen auf einen neuen Erlass oder eine konkrete Massnahme abzielen. Bei manchen Vorstössen geht es auch darum, Aufmerksamkeit für ein Thema zu erregen, gezielten Druck auf Entscheidungsträger:innen auszuüben und sich als Politiker:in in einem Themenfeld zu profilieren.⁵

Ausblick

In der Schweiz geniesst die Initiativfunktion des Parlaments einen hohen Stellenwert und wird rege genutzt – so rege, dass manchmal von einer regelrechten «Vorstossflut» die Rede ist, die die Parlamente und Regierungen zeitlich stark belastet.^{5,12} Trotzdem wird das Recht der Parlamentarier:innen

durch Vorstösse Herausforderungen direkt in die Parlamente zu tragen, nicht ernsthaft in Frage gestellt.^{iv}

Insgesamt deutet unsere Analyse darauf hin, dass die *direkte* Wirkung politischer Vorstösse zur Berufsbildung oftmals eher begrenzt ist, was einerseits mit der oben beschriebenen mehrheitlichen Wahl der eher «sanfteren» Instrumente zusammenhängt, aber auch damit, dass die schlagkräftigeren Vorstosstypen, also die Motionen und parlamentarischen Initiativen, bisher überwiegend abgelehnt wurden.

Die begrenzte direkte Wirkung der Vorstösse im Parlament bedeutet allerdings nicht, dass politische Vorstösse keinen relevanten Einfluss haben und nur Arbeit für die Verwaltung generieren. Im Gegenteil, die Antworten und Berichte der Regierung und Verwaltung können den verschiedenen Akteuren als wertvolle Informationsgrundlage dienen und dadurch im Sinne der Agendasetzung wichtige Impulse geben, ob und wie aktuelle Herausforderungen für die Berufsbildung angegangen werden können. So können auch Themen auf die verbundpartnerschaftliche Agenda gelangen, die ohne Katalysator durch einen Vorstoss möglicherweise bei den Verbundpartnern (noch) keine Beachtung finden würden. Wichtig bleibt in diesem Zusammenhang jedoch, dass Handlungsoptionen auf aktuelle Herausforderungen verbundpartnerschaftlich abgestimmt werden, denn die enge Zusammenarbeit zwischen Bund, Kantonen und Organisationen der Arbeitswelt gilt als wesentlicher Erfolgsgarant des dualen Berufsbildungssystems der Schweiz.

^{iv} Von Zeit zu Zeit wird allerdings über eine gewisse Reglementierung diskutiert, um die Anzahl von Vorstössen zu reduzieren.¹²

Literatur

- [1] Schweizer Parlament (2024). Parlements Wörterbuch. <https://www.parlament.ch/de/%C3%BCber-das-parlament/parlamentsw%C3%B6rterbuch> (letzter Zugriff am 12.4.2024).
- [2] von Däniken, A. (13.7.2024). «Das Beste aus allen»: Luzern orientiert sich für seinen Berufsbildungsfonds an drei Kantonen. *Luzerner Zeitung*. <https://www.luzernerzeitung.ch/zentral-schweiz/kanton-luzern/ausbildung-das-beste-aus-allen-luzern-orientiert-sich-fuer-seinen-berufsbildungsfonds-an-drei-kantonen-ld.2641936> (letzter Zugriff am 19.9.2024).
- [3] Schweizer Parlament (2024). Parlamentarische Initiativen, Standesinitiativen und Vorstösse. <https://www.parlament.ch/de/%c3%bcber-das-parlament/parlamentsportraet/beratungsgegenstaende-und-parlamentarische-verfahren/parlamentarische-initiativen-standesinitiativen-vorstoesse> (letzter Zugriff am 19.9.2024).
- [4] Riklin, A. (1977). Die Funktionen des schweizerischen Parlaments im internationalen Vergleich. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 8(3), 368–385.
- [5] Hermann, M., & Krähenbühl, D. (2019). Politische Themenkonjunktur im Bundesparlament. Vorstoss- und Themendynamiken 2000-2018. Studie im Auftrag der Schweizerischen Bankiervereinigung. Zürich: Forschungsstelle sotomo.
- [6] Graf, M. (2009). Parlamentarische Vorstösse. <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/045593/2009-11-23/> (letzter Zugriff am 12.4.2024).
- [7] Lasswell, H. D. (1956). The decision process. College Park, MD: University of Maryland.
- [8] Knill, C., & Tosun, J. Policy Making. In: D. Caramani (Hrsg.), *Comparative Politics*, (S. 495–519). Oxford: Oxford University Press.
- [9] Staatslexikon (2024). Policy. <https://www.staatslexikon-online.de/Lexikon/Policy> (letzter Zugriff am 18.4.2024).
- [10] Kingdon, J. W. (1984). Agendas, Alternatives and Public Policies. Boston: Little, Brown and Company.
- [11] Schweizer Parlament (2024). Geschäftsdatenbank Curia Vista. <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista> (letzter Zugriff am 7.5.2024).
- [12] Biner, D. (13.4.2024). «Motionitis» im Parlament: Der Nationalrat kann die Vorstossflut einfach nicht stoppen. *Neue Zürcher Zeitung*. <https://www.nzz.ch/schweiz/die-ineffizienz-des-parlaments-bin-5000-ld.1826150> (letzter Zugriff am 8.5.2024).



Zitiervorschlag

Hänni, M., Aeschlimann, B. & Graf, L. (2024). Berufsbildung im Fokus der Politik: Aktuelle Herausforderungen aus Sicht der Parlamente. OBS EHB Trend im Fokus Nr. 14. Zollikofen: Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung EHB.

Schweizerisches Observatorium für
die Berufsbildung OBS EHB

Eidgenössische Hochschule für
Berufsbildung EHB

Kirchlindachstrasse 79
CH-3052 Zollikofen
+41 58 458 27 00
obs@ehb.swiss
www.ehb.swiss/obs